

eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 6/2021 vom 24.06.2021

Zankende Erdmännchen & die Suche nach dem »Wir«

Unsere Gesellschaft braucht Räume für Dialog und Selbstwirksamkeit

Philipp Morath • Corinna Walz

Wenn Erdmännchen in ihrer Gruppe darüber streiten, welcher der beste Futterplatz für sie ist, kommen sie zu qualitativ besseren Ergebnissen, als Gruppen, die keinen Streit austragen und intern vollkommen übereinstimmende »Einschätzungen« zeigen. Dies legt eine Studie nahe, die das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB) in Berlin und die London School of Economics (LSE) (vgl. MPIB; LSE 2013, o.S.) durchgeführt haben.

Dieser Text beschäftigt sich daran thematisch-anschließend mit dem Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Pluralisierung und den damit verbundenen Konflikten sowie mit Sozialkapital und Bürgerbeteiligung.

Herangezogen wird der »altgediente« Sozialkapitalansatz von Robert D. Putnam. Für die Bürgerbeteiligung wird dabei im Besonderen auf das »Wer« abgehoben. Mit »Wer« ist hier die Frage nach der Inklusion gemeint: Wer wird im Rahmen von Beteiligungsprozessen eingebunden?

Bereits an dieser Stelle sei der Transparenz wegen darauf verwiesen, dass hier die Perspektive von Mitarbeitenden einer deutschen Bürgerstiftung wiedergegeben wird, welche sich vorrangig als Plattform für bürgerschaftliches Engagement versteht und hierbei politische Teilhabe als einen Teilbereich bürgerschaftlichen Engagements definiert.

Doch nun wieder zu den zankenden Erdmännchen und der oben benannten Studie. In streitenden Erdmännchen-Gruppen profitieren schlussendlich alle Gruppenmitglieder von der vorangegangenen Auseinandersetzung. Sie erhalten mehr bzw. besseres Futter. Voraussetzung für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung ist dabei zunächst, dass die Erdmännchen ein gemeinsames, übergeordnetes Ziel (in diesem Fall die Futtersuche) verfolgen.

Die grundsätzlich soziale Ausrichtung der Erdmännchen sorgt dafür, dass es auch wirklich zur gemeinsamen Umsetzung von Entscheidungen kommt – das Auseinanderbrechen der Gruppe stellt keine Option dar. Werden in einer Gruppe unterschiedliche Präferenzen verfolgt und kommt es zum Konflikt, begehen die Erdmännchen als Individuen jeweils unterschiedliche Fehler, die sich aber häufig wechselseitig ausgleichen und schlussendlich zu adäquateren Lösungen führen. Andersherum zeigen die Ergebnisse der Studie auch, dass Gruppenentscheidungen zur Futtersuche, die ohne Interessenskonflikte zustande kamen, häufig vergleichsweise schlecht ausfielen. Dies wiederum dürfte daran liegen, dass gleichgesinnte Tiere oftmals in denselben Situationen die gleichen Fehler machen, die sich dann im Kollektiv nicht gegenseitig ausgleichen können.

Die USA stellen derzeit ein hervorragendes Betätigungsfeld für die Konfliktforschung dar. Wir blicken auf ein zutiefst gespaltenes Land, welchem – anders als den Erdmännchen – das geteilte Ziel abhanden gekommen zu

sein scheint. Doch auch in der Bundesrepublik sehen wir eine Vielzahl an Konflikten verortet: Jung gegen Alt, bildungsfern gegen bildungsnah, Stadt gegen Land, reich gegen arm, progressiv gegen strukturkonservativ oder gar rechtspopulistisch, Männer gegen Frauen und – an Aktualität kaum zu überbieten – Impfgegner gegen Impfbefürworter.

Im Besonderen der Blick in die sogenannten Sozialen Netzwerke lässt vermuten, dass wir es auch hierzulande mit einer zunehmenden Verrohung, wenn nicht gar Entgleisung, des Diskurses zu tun haben. Es entsteht der Eindruck, dass sich ein Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mit Menschen außerhalb der eigenen »Bubble« auseinandersetzen. So scheinen die innergesellschaftlichen Differenzierungsprozesse Kulturen bzw. Lebenswelten hervorzubringen, welche sich fremd gegenüberstehen (vgl. Klages/Vetter 2013, S. 13). Gleichwohl brauchen gerade demokratisch organisierte Gesellschaften ein tragendes, gemeinsames Fundament, um nicht auseinanderzufallen. Es braucht – analog zum übergeordneten Ziel der Erdmännchen – etwas Verbindendes, das die pluralistische Gesellschaft und ihre Interessenvielfalt zusammenhält.

Zurecht verweist Jörg Sommer in seinem Beitrag »demokratie.plus« [#59 Kein Grund zur Panik](#) (1) darauf hin, dass gesellschaftlichen Konflikttransformativen Kräfte innewohnen und v.a. die Perspektive auf sie entscheidend ist (vgl. Sommer 2021, o.S.). Dies lässt sich u.a. auch anhand der Entwicklung und Etablierung von Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg ablesen: So kann die Einrichtung des Studiengangs »Planung und Partizipation« an der Universität Stuttgart als eine Antwort auf die Geschehnisse rundum Stuttgart 21 verstanden werden. In diesem Kontext wurde in der vergangenen Dekade auch die Partizipationsforschung intensiviert, welche die potentiellen Wirkungen von Bürgerbeteiligung systematisiert hat (s. hierzu Vetter/Remer-Bollow 2017).

Einen guten Überblick über die von Bürgerbeteiligung angestoßenen Veränderungsprozesse bietet Tabelle 1. Wahrgenommen werden bzw. messbar sind Wirkungen v.a. im Bereich der kurzfristigen, verfahrensbezogenen Wirkungen (vgl. Vetter/Eith 2015, o.S.).

Angesichts der eingangsskizzierten gesellschaftlichen Spaltungstendenzen drängt sich jedoch die Frage auf, ob im Kontext der Gewinnung von Teilnehmer/innen in Beteiligungsverfahren nicht gerade auch der Aufbau von Sozialkapital ein höheres Maß an Aufmerksamkeit verdient. Sozialkapital sind funktionierende Gemeinschaftsinstitutionen und gegenseitiges Vertrauen. Robert D. Putnam zeigte mit seinen Studien auf, dass Sozialkapital das Potential hat, den »klebrigsten Kleister« für den Zusammenhalt einer Gesellschaft zu liefern (vgl. Walter 2015, S. 257). Gleichwohl ist der Aufbau von Sozialkapital voraussetzungsvoll. Für den Aufbau werden heterogene, zivilgesellschaftliche Netzwerke benötigt, welche immer seltener über die sogenannten klassischen intermediären Akteure wie Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbände etc. zustande kommen. In diesem Kontext sehen sich Prozessgestalter/innen in der Bürgerbeteiligung mit der Problematik konfrontiert, einen Adressatenkreis anzusprechen, der über die »üblichen Verdächtigen« hinaus geht.

| | | Generalisierungsdimension | |
|-----------------|-------------------------------------|--|---|
| | | Verfahrensbezogene Wirkung (kurzfristig auf einen speziellen Prozess bezogen, begrenzt auf die Beteiligten) | Generalisierte Wirkung (längerfristig, unabhängig von einem speziellen Prozess; bezieht sich auch auf nicht direkt Beteiligte) |
| Objektdimension | Politik Polity, Politics, Policy | Ergebnisbezogene Wirkungen (Policy) (1) <ul style="list-style-type: none"> Steigerung der Effektivität und der Effizienz von politischen Entscheidungen Erhöhung von Akzeptanz | Veränderungen von Strukturen und Prozessen in Politik und Verwaltung (Polity, Poilitics) (3) <ul style="list-style-type: none"> Stärkere Offenheit und Sensibilisierung der politischen und administrativen Eliten für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger (Responsivität) Bessere Performanz des Systems Veränderungen der Strukturen und Prozesse hin zu einer Konsensdemokratie |
| | Bürger/innen | Veränderungen demokratischer Einstellungen und Kompetenzen (der beteiligten Bürger) (2) <ul style="list-style-type: none"> Politisches Bewusstsein (Interesse, Kompetenzgefühl) Responsivitätsgefühl Entwicklung demokratischer Werte (Offenheit, Toleranz) | Veränderungen der politischen Kultur und des Sozialkapitals (4) <ul style="list-style-type: none"> Stärkung der politischen Unterstützung (Identität, politisches Vertrauen etc.) Intensivierung zivilgesellschaftlicher Netzwerke, Aufbau von sozialem Kapital |

Abbildung 1: Wirkungen von Bürgerbeteiligung,

Quelle: Mod. nach Vetter / Remer-Bollow 2017, S. 300

Sozialkapital umfasst Regeln und Netzwerke einer Gesellschaft, die es den Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren Institutionen ermöglichen, produktivere Leistungen zu erbringen. Es entsteht im Zusammenspiel zwischen Menschen mit unterschiedlichen Lebensumständen und verschiedener Lebenswirklichkeit. So werden Eigenschaften und Fähigkeiten erlernt, die für das Leben in der Demokratie wichtig und im Hinblick auf die Entwicklung des Gemeinwesens in Richtung einer aktiven Zivilgesellschaft hilfreich sind (vgl. Geißel 2008, S. 40). Konkret begünstigt das Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürgern bspw. die Fähigkeiten sich eine Meinung zu bilden, andere Meinungen zu akzeptieren und diesen in der Folge respektvoll entgegenzutreten. Ohne stetige Zufuhr von Sozialkapital kann die Demokratie ins Wanken geraten. Dabei hat Sozialkapital den Charakter eines öffentlichen Guts, welches jedoch nicht durch zielgerichtetes Handeln akkumuliert wird, sondern als Nebenprodukt entsteht (2) (vgl. Holtkamp u.a. 2006, S. 98).

Grundsätzlich ist jedoch zwischen »überbrückendem« und »bindendem« Sozialkapital zu unterscheiden. Die Unterscheidung bezieht sich dabei auf die Zusammensetzung der Gruppen, in welchen Menschen interagieren. Während überbrückendes Sozialkapital in Gruppen völlig unterschiedlicher Menschen entsteht, resultiert bindendes Sozialkapital in Gruppen, deren Mitglieder in einigen Punkten große Ähnlichkeit aufweisen (vgl. Geißel 2008, S. 40).

Während insbesondere überbrückendes Sozialkapital förderliche Kräfte für die Demokratie freisetzen kann, besteht bei bindendem Sozialkapital die Gefahr der Entkopplung der Zielsetzungen der Gruppe vom Gemeinwohl.

Konkret bedeutet dies Folgendes: Soziale Bewegungen, Initiativen etc. akkumulieren zwar Sozialkapital, aber weisen nicht selten eine konfliktäre Außenorientierung auf. Sie fügen sich nur bedingt in die entpolitisierte und interessenneutrale Zivilgesellschaft ein, da sie zur Verfolgung ihrer exklusiven Interessen neigen (vgl. Holtkamp u.a. 2006, S. 99f.). So tragen neue, individualistische Formen des Engagements wohl weniger zur Verfolgung kollektiver Ziele bei: »Die neuen Formen des sozialen Engagements sind dagegen enger, weniger brückenbildend und weniger auf kollektive oder der Allgemeinheit dienende Zwecke fokussiert. Aus unserer ersten Untersuchung ergibt sich die wichtige Hypothese, dass die neueren Formen zwar befreiender wirken mögen, jedoch weniger solidarisch sind. Sie kennzeichnen eine Art Privatisierung des Sozialkapitals« (Putnam 2001, S. 781). Vor diesem Hintergrund ist auch nicht davon auszugehen, dass eine wachsende Zahl an Vereinen oder Engagierten alleine Aufschluss über die soziale Realität geben kann. Entscheidend wird v.a. sein wie heterogen Netzwerke und Gemeinschaften sind. Putnam ging seiner Zeit von einem »allgemeinen Niedergang« des Sozialkapitals in den westlichen Demokratien aus (vgl. Putnam 2001, S. 780), obwohl sich beispielsweise in der Bundesrepublik heute deutlich mehr Vereine finden als vor 60 Jahren (3).

Es stellt sich die Frage, ob nicht gerade die Gestaltung von Partizipation Möglichkeiten bereithält, um heterogene Netzwerke zum Aufbau von überbrückendem Sozialkapital hervorzubringen. Und hier stellt sich konkret die Frage nach dem »Wer«: Welche Akteure werden in Beteiligungsprozessen eingebunden?

Das Bundesland Baden-Württemberg gab kürzlich eine Antwort auf diese Frage. Der Landtag beschloss am 3. Februar 2021 das »Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung« (Dialogische-Bürgerbeteiligungs-Gesetz – DBG). Das Gesetz definiert die dialogische Bürgerbeteiligung als eine öffentliche Aufgabe im Sinne des Paragraphen 34 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt. Hiermit ebnet es v.a. datenschutzrechtlich den Weg für die Durchführung der Zufallsauswahl nach Quoten zur Gewinnung von Teilnehmenden für die dialogische Beteiligung durch baden-württembergische Behörden im Sinne von § 1 LVwVfG (auch Städte und Gemeinden). In Paragraph 2 Absatz 5 des Gesetzestexts heißt es »Die dialogische Bürgerbeteiligung kann mit zufällig nach bestimmten Kriterien aus dem Melderegister ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. Die Auswahl erfolgt aus einer Teilmenge der Bevölkerung heraus. Als Auswahlkriterien können nur die in § 34 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes (BMG) genannten Daten genutzt werden, dies stellt keine gleichheitswidrige Diskriminierung dar. Die Teilmenge soll so groß sein, dass voraussichtlich mindestens 1.000 Personen enthalten sind. [...]« (§ 2 Abs. 5 DBG).

Auch wenn im Rahmen der Zufallsauswahl das Problem der Selbstselektion nur entschärft und nicht final gelöst wird, trifft der 16. Landtag von Baden-Württemberg hiermit eine richtungsweisende Entscheidung. Der Gesetzvorstoß in Baden-Württemberg und andere Demokratie-Experimente wie der Permanente Bürgerdialog in Ostbelgien, der Bürgerrat Demokratie u.v.m. verdeutlichen eindrücklich, dass Bürgerbeteiligung auch den Anspruch verfolgt auf der zwar ressourcenintensiven aber notwendigen Suche nach dem »Wir« seinen Teil beizutragen. Gleichwohl ist auch in der Zufallsauswahl nicht der allgemein gültige Königsweg zu sehen. Gestalter/innen und Begleiter/innen von Partizipation müssen zu vielen Kontexten gerecht werden, um mit Patentlösungen agieren zu können. Umso wichtiger scheint die Verständigung auf einen übergeordneten Zielkanon, welcher aus unserer Sicht auch die Förderung von überbrückendem Sozialkapital beinhalten sollte.

Vor diesem Hintergrund startet die Bürgerstiftung Stuttgart in Kooperation mit der Körber Stiftung 2021 das Programm »Im Dialog für meine Stadt: Stuttgart besser machen«, welches durch die Europäische Union im

Programm »Erasmus+« gefördert wird. Konkret möchten wir auf Quartiersebene – anknüpfend an der Alltagswirklichkeit der Stuttgarterinnen und Stuttgarter – niederschwellige Räume für Dialog und Selbstwirksamkeit etablieren. Anlehnend an den Dialog nach D. Bohm (vgl. Bohm 2019), also ein Gespräch auf Augenhöhe, geprägt von Respekt, Empathie und Perspektivwechsel, möchten wir relevante Fragestellungen aufturn. Diese sollen dann nicht »in Schubladen verschwinden«, sondern an Runden Tischen gemeinsam mit den relevanten Akteuren bearbeitet werden. Der Einbezug von ressourcenschwachen und dadurch beteiligungsfernen Gruppen steht im Vordergrund und soll über Zufallsauswahlen und aufsuchende Dialoge sichergestellt werden. Das Projekt startet voraussichtlich im Mai 2021. Und gerne können wir nun alle, die wir unterschiedliche Wege auf der Suche nach dem »Wir« gehen, gesittet zanken. Vielleicht finden wir so schlussendlich ja auch ein besseres oder mehr vom »Wir«.

Hinweis

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen im eNewsletter *Netzwerk Bürgerbeteiligung* (Ausgabe 01/2021 vom 30.03.2021) <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/eneNewsletter/eneNewsletter-2021/eneNewsletter-nr-12021/>.

Anmerkungen

(1) <https://demokratie.plus/59-kein-grund-zur-panik/>

(2) Gleichsam resultieren hier Schwierigkeiten, den Aufbau von Sozialkapital »von oben« zu steuern.

(3) In der Bundesrepublik finden sich über 500.000 Vereine – sieben Mal so viele wie noch in den 1960er Jahren. Sie agieren überwiegend auf lokaler Ebene (vgl. Walter 2015: 257).

Literatur

Alcántara, Sophia/Kuhn, Rainer (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. In: Hilpert, Jörg / Wist, Sarah-Kristina (Hrsg.): Innovativ und partizipativ: Einblicke in die Arbeit von DIALOGIK: ein Beitrag zum 10-jährigen Jubiläum von DIALOGIK, Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung Bd. 30, S. 5 - 14, abrufbar unter: https://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/5660/1/AB030_DIALOGIK.pdf [11.02.2021].

Bohm, David (2019): Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussion. 9. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.

Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29 - 48.

Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung (DGB) in der Fassung der Drucksache 16/9719, abrufbar unter: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/9000/16_9719_D.pdf [26.02.2021].

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kißler, Leo (2006): Kooperative Demokratie. Das politische Potential von Bürgerengagement. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Klages, Helmut/Vetter, Angelika (2013): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene: Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung. Berlin: edition sigma.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB)/London School of Economics (LSE) (2013): Schwarm-Intelligenz: Zankende Erdmännchen treffen die besseren Entscheidungen, abrufbar unter: <https://www.psychologie-aktuell.com/journale/gesellschaftskritik/bisher-erschienen/inhalt-lesen/schwarm-intelligenz-zankende-erdmaennchen-treffen-die-besseren-entscheidungen.html> [12.02.2021].

Putnam, Robert D. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Sommer, Jörg (2021): Kein Grund zur Panik. In: <https://demokratie.plus/59-kein-grund-zur-panik/>.

Vetter, Angelika/Eith, Ulrich (2015): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg. Teilprojekt 3 – Wirkungen lokaler Bürgerbeteiligung. In: https://www.sowi.uni-stutt-gart.de/abteilungen/ps/forschung/demokratiemonitor/Kurzbericht_Wirkungen_Buergerbeteiligung.pdf [16.02.2021].

Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie: Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Walter, Andrea (2015): Lokale Lobbyisten oder Mitgestalter der Politik vor Ort? Wie Akteure organisierter Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene ihre Rolle als politische Interessenvermittler verstehen. In: Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen/Winterberg, Lars (2015): Der politische Mensch. Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert. Bonn: Dietz, S. 257 - 283.

Autor/innen

Philipp Morath, geb. 1992, betreut bei der Bürgerstiftung Stuttgart den Arbeitsbereich »Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung«. Er gehört einem der ersten Abschlussjahrgänge des Masterstudiengangs »Planung und Partizipation« der Universität Stuttgart an. Der sehr praxisnah gestaltete Masterstudiengang vermittelt Konzepte und Methoden, die eine sachgerechte Einbeziehung der Öffentlichkeit in Planungs- und Entscheidungsprozesse ermöglichen.

Kontakt

Tel.: 0711 722351 17

E-Mail: philipp.morath@buergerstiftung-stuttgart.de

Corinna Walz, geb. 1976, studierte Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien mit Schwerpunkt Ostmitteleuropa in Passau und Kraków/Polen. Nach Lehrtätigkeiten an Schulen und Universitäten in Polen und Serbien leitet sie nun den Bereich »Bürgerbeteiligung und Demokratieförderung« bei der Bürgerstiftung Stuttgart.

Kontakt

E-Mail: corinna.walz@buergerstiftung-stuttgart.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de